

An den Bürgermeister
und den Gemeinderat der Gemeinde Obing

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Ortsdurchfahrt Obing,
B304;
Antrag der Politischen Alternative Obing e.V.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Gemeinderätinnen, sehr geehrte Gemeinderäte,

die Politische Alternative Obing bittet den Bürgermeister und den Gemeinderat Obing den
folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 30.11.2010 im öffentlichen
Sitzungsteil zu behandeln.

Sachverhalt:

Das Straßenbauamt Traunstein plante bis Ende 2009, ab 2010 in mehreren Abschnitten die
Bundesstraße B304, Ortsdurchfahrt Obing zu sanieren.

Die Notwendigkeit und die Dringlichkeit dieser Maßnahme sind allseits bekannt und werden
auch nicht angezweifelt. Tiefe Spurrillen und massive Schäden am Straßenbelag bilden ein
erhebliches Sicherheitsrisiko vor allem für Radfahrer und Fußgänger.

In der Gemeinderatssitzung am 26.01.2010 teilte Herr Bürgermeister Thurner den
Gemeinderäten mit, dass das Straßenbauamt die Sanierung der Ortsdurchfahrt bis nach den
Bau der geplanten Umgehungsstraße zurückstellt.

Die Politische Alternative Obing stellte deshalb an die Gemeinde einen Antrag vom
15.02.2010 mit folgendem Inhalt:

„Die Gemeinde Obing fordert das Straßenbauamt mit Nachdruck auf, die Sanierung der
Ortsdurchfahrt Obing im ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen durchzuführen und die
entsprechenden Mittel sowie die Personalkapazitäten für heuer einzuplanen und zur
Verfügung zu stellen.

Die Gemeinde Obing wird ihrerseits die notwendigen Planungen, z.B. für
Entwässerungsanlagen, die von ihrer Seite erforderlich sind, rechtzeitig durchführen lassen.“

Der Antrag der PAO wurde in der Sitzung am 23.02.2010 abgelehnt. Es soll aber laut
Beschluss von Seiten der Gemeinde beim Straßenbauamt darauf gedrängt werden, dass
notwendige Reparaturen (Spurrillen, Gullis, usw.) zeitnah durchgeführt werden.

Entsprechende Reparaturen an der Straße wurden bisher offensichtlich nicht durchgeführt.
Die Gefährdungssituation hat sich seither nicht verbessert.

Antrag:

Die Politische Alternative Obing stellt deshalb an die Gemeinde einen weiterführenden Antrag mit folgendem Inhalt:

1. Die Gemeinde Obing fordert das Straßenbauamt mit Nachdruck auf, die schlimmsten Gefahrenquellen, tiefe Spurrillen, Einbrüche an den Gullis, unverzüglich zu beheben.
2. Die Gemeinde Obing stellt beim Baulastträger bzw. Straßenbauamt einen Antrag auf folgende Maßnahmen:
 - Schaffung eines zusätzlichen Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) im Bereich Einmündung Poststraße
 - Errichtung von Fahrbahnteilern an den Ortseingängen
 - Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h im Bereich zwischen Einmündung Seeoner Straße und TS 8 Richtung Amerang

Begründung:

Die vorhandenen Schäden stellen ein erhebliches Gefährdungspotential und Sicherheitsrisiko vor allem für Radfahrer und Fußgänger dar.

Die mangelnde Sicherheit wurde von vielen Obinger Bürgern immer wieder zu Recht angemahnt. Die Gemeinde Obing und das Straßenbauamt Traunstein, das für die Unterhaltung der Bundesstraße zuständig ist, sind unabhängig vom Bau der Umgehungsstraße bereits jetzt für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer verantwortlich.

Die für die Sicherheit erforderlichen Sanierungsmaßnahmen dürfen nicht auf unbestimmte Zeit aufgeschoben werden.

Mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung lässt sich die Unfallgefahr v. a. für Radfahrer und Fußgänger erheblich reduzieren. Reaktions- und Bremswege werden erheblich verkürzt. Oftmals können Autos und Lastwagen eh nicht schneller als 30 km/h fahren. Eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung verbessert die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss. Plötzliche und schnelle Bremsvorgänge werden reduziert.

Die Geschwindigkeitsbeschränkung ist umso wichtiger, als es in Obing einen intensiven Schülerverkehr gibt. Auf ganzer Strecke kreuzen Fußgänger, v. a. Schüler gerade auch an den beiden Bushaltestellen, die Straße. Auch ein zusätzlicher Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) kann zusätzliche Sicherheit erzeugen.

Die Sicherheit der Obinger Bürger und vor allem der Kinder im Straßenverkehr muss Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Breu
Vorsitzender der
Politischen Alternative Obing

Korbinian Stettwieser
Fraktionssprecher